Schriften zum Steuerrecht

Band 135

Doppelte Verlustberücksichtigung bei Organschaft

§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 KStG und grenzüberschreitende Steuerarbitrage

Von

Philip Niemann



Duncker & Humblot · Berlin

PHILIP NIEMANN

Doppelte Verlustberücksichtigung bei Organschaft

Schriften zum Steuerrecht Band 135

Doppelte Verlustberücksichtigung bei Organschaft

§ 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 KStG und grenzüberschreitende Steuerarbitrage

Von

Philip Niemann



Duncker & Humblot · Berlin

Die Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg hat diese Arbeit im Wintersemester 2017/2018 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

> Alle Rechte vorbehalten © 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin Satz: Klaus-Dieter Voigt, Berlin Druck: CPI buchbücher.de GmbH, Birkach Printed in Germany

ISSN 0582-0235 ISBN 978-3-428-15514-9 (Print) ISBN 978-3-428-55514-7 (E-Book) ISBN 978-3-428-85514-8 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier entsprechend ISO 9706 \circledcirc

Internet: http://www.duncker-humblot.de

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2017/2018 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Ihr liegen die Gesetzgebung, Fachliteratur und Rechtsprechung bis Anfang Juni 2017 zugrunde.

Das Thema der Arbeit war vor dem Hintergrund der mit dem Gesetz vom 20. Februar 2013 vollzogenen "kleinen Organschaftsreform" von Anfang an aktuell. Im Laufe der Ausarbeitung folgten auf internationaler Ebene die Berichte der OECD vom 16. September 2014 und vom 5. Oktober 2015 über die Neutralisierung der Effekte hybrider Gestaltungen und damit konkrete, aber rechtlich unverbindliche Empfehlungen zur Sicherstellung einer kohärenten Besteuerung bei abweichender Qualifikation. Den Schlusspunkt der Arbeit bildet die Überführung eines wesentlichen Teils dieser Empfehlungen in verbindliches EU-Sekundärrecht in Form der Richtlinien vom 12. Juli 2016 und vom 29. Mai 2017. Der überwiegende Teil der Vorgaben letzterer Richtlinie ist bis Ende 2019 auch von Deutschland umzusetzen; zum hiervon berührten Bereich zwischen internationaler, doppelter Berücksichtigung desselben Aufwands oder Verlusts und § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 KStG wird diese Arbeit hoffentlich einen Beitrag leisten.

Im Kern entstand die Arbeit während meiner Tätigkeit als Berufseinsteiger in der steuerlichen Grundsatzabteilung der PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft von August 2014 bis Juli 2016. Diese Zeit habe ich in guter Erinnerung behalten, ermöglichte sie mir doch einen ständigen Praxisbezug, fachliche Diskussionen und erweiterte Recherchemöglichkeiten. Zugleich kam mir große Freiheit bei der Wahl und Bearbeitung des Themas der Arbeit zu. Hierfür und für seine ständige Verfügbarkeit gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Jürgen Lüdicke mein aufrichtiger Dank. Für viele Einblicke in die juristische Mandatspraxis danke ich Herrn Björn Bodewaldt. Zudem bedanke ich mich für Hinweise aus betriebswirtschaftlicher Perspektive und die Vermittlung von Ansprechpartnern an ausländischen Standorten bei Herrn Dr. Ronald Gebhardt. Hervorheben möchte ich auch die Humboldt European Law School, die mir das Studium an der Université Paris II Panthéon-Assas und am King's College London ermöglichte. Diesem Programm wünsche ich eine weiter gute Entwicklung. Schließlich danke ich Herrn Prof. Dr. Gerrit Frotscher für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und das anregende Prüfungsgespräch.

Mein Vater Klaus Niemann und meine Mutter Robin Niemann wissen um meine tief empfundene Dankbarkeit für ihre uneingeschränkte Förderung meiner Ausbildung. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Eir	nleitung	21
I.	"Double dip": Die historische Ausgangssituation und ihre Lösung	22
II.	Neuregelung des organschaftlichen, subjektiven Inlandsbezugs als Regelungs- anlass	26
III.	Gegenüberstellung der Altfassung und der Neufassung	28
IV.	Status quo des § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG	31
V.	Anliegen und Gegenstand dieser Arbeit	32
VI.	Gang dieser Arbeit	34
	Erster Teil	
	Verlustverrechnung als grenzüberschreitende Steuerarbitrage	35
	Kapitel 1	
	Verlustverrechnung und Organschaft	35
I.	Aspekte der Einkünfteermittlung und innersubjektiven Verlustverrechnung 1. Erwerbseinnahmen und Erwerbsaufwendungen 2. Einkunftsquellen 3. Negative Einkünfte: Verlust und Werbungskostenüberschuss a) Eigene und fremde Einkünfte b) Inländische und ausländische Einkünfte c) Aktive und passive Einkünfte 4. Verlustverrechnung: Verlustausgleich und Verlustabzug a) Innerperiodischer Verlustausgleich: Horizontaler und vertikaler Ausgleich b) Überperiodischer Verlustabzug: Verlustrücktrag und Verlustvortrag 5. Doppelbesteuerungsabkommen: Einkünftebegriff und Verlustverrechnung	35 35 36 37 37 38 39 39 40 41 42
II.	Aspekte der körperschaftsteuerlichen Organschaft 1. Ergebnisausgleich als (ein) zentrales Anliegen der körperschaftsteuerlichen Organschaft 2. Einkunftsarten der Organträger und Organgesellschaften 3. Steuerpflicht und Einkünfteerzielung bei Organschaft a) Steuerpflicht des Organträgers und der Organgesellschaft	45 46 48 49 49

		b) Einkuntteerzielung bei korperschaftsteuerlicher Organschaft	51
	4.	Behandlung der Gewinnabführung und der Einkommenszurechnung beim	5 1
		Organträger	51
		a) Behandlung der Gewinnabführung und der Verlustübernahme	51
	_	b) Ebene der Erfassung des Organeinkommens beim Organträger	52
	5.	Anknüpfungspunkte für eine Berücksichtigung der Organschaft im Ausland	55
		a) Selbständigkeit der innerstaatlichen Zurechnungsentscheidung	55
		b) Gewinnabführung und Verlustübernahme als reale wirtschaftliche Vor-	57
	6	gänge	
	0.	Abkommensberechtigung des Organträgers und der Organgesellschaft	58 59
		a) Begriff der Abkommensberechtigung	
		b) Organgesellschaft	61
		aa) Person (Art. 3 Abs. 1 Buchst. a OECD-MA)	61
		bb) Ansässigkeit (Art. 4 Abs. 1 S. 1 OECD-MA)	62
		c) Unbeschränkt steuerpflichtige Organträger	63
		aa) Person (Art. 3 Abs. 1 Buchst. a OECD-MA)	64
		bb) Ansässigkeit (Art. 4 Abs. 1 S. 1 OECD-MA)	64
		d) Organträger-Personengesellschaften und beschränkt steuerpflichtige Organträger	65
		aa) Organträger-Personengesellschaften	65
		bb) Inländische Betriebsstätte	66
	7	Abkommensschutz des Organträgers und der Organgesellschaft	66
	/.	a) Eigene Einkünfte des Organträgers und der Organgesellschaft	67
		b) Einkommen der Organgesellschaft	67
		c) Gewinnabführung der Organgesellschaft	72
			74
		d) Verlustübernahme des Organträgers	/4
		Kapitel 2	
		Grenzüberschreitende doppelte Verlustberücksichtigung	74
I.	D	oppelte Verlustberücksichtigung als grenzüberschreitende Steuerarbitrage	74
		Begriff der grenzüberschreitenden Steuerarbitrage	75
		Unterscheidung zwischen steuerpflichtigen und nicht steuerpflichtigen Ge-	
		winnen	76
		a) § 102 Abs. 2 Nr. 2 letzter Satz öEStG	76
		b) Sections 403D und 403E ICTA 1988 (Sections 106 bis 108 CTA 2010)	78
		c) Subsection 1503(d) IRC und die Dual Consolidated Loss Regulations	79
		d) § 4i EStG	81
		e) Ergebnis	83
	3.	Gefahr nirgends berücksichtigter Verluste	83
		a) Einmalberücksichtigung nach dem Protokoll zum DBA-Österreich	83

	b)	Einmalberücksichtigung nach dem Dual Consolidated Loss Competent Authority Agreement
	c)	"stets zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland"
		Ergebnis
		ntwicklungen zu sog. hybrid mismatch arrangements
		BEPS Action 2: Neutralising the Effects of Hybrid Mismatch Arrangements
	b)	Richtlinie (EU) 2016/1164 des Rates vom 12. Juli 2016 i.d.F. der Richtlinie (EU) 2017/952 des Rates vom 29. Mai 2017
	c)	Gruppe Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)
	5. Er	gebnis
II.	Szena	arien doppelter Verlustberücksichtigung bei Organschaft
		nbeschränkte Steuerpflicht des Organträgers und der Organgesellschaft
		r in Deutschland
	a)	Aus deutscher Sicht beschränkt steuerpflichtiges Auslandsengagement
		aa) Betriebsstätte im Ausland
		bb) Übereinstimmend transparent besteuerte, ausländische Tochter-
		gesellschaft
		cc) In Deutschland transparent besteuerte, ausländische Tochtergesell-
		schaft
	b)	Aus deutscher Sicht unbeschränkt steuerpflichtiges Auslandsengage-
		ment
		aa) Übereinstimmend intransparent besteuerte, ausländische Tochterge- sellschaft
		bb) In Deutschland intransparent besteuerte, ausländische Tochterge-
		sellschaft
	c)	Intransparenz des Organträgers aus ausländischer Sicht
	-,	aa) Grenzüberschreitende Gruppenbesteuerung
		bb) Grenzüberschreitende Verlustberücksichtigung (mit Nachversteue-
		rung)
		cc) Ausübung steuerlicher Wahlrechte im Ausland (z.B. "check-the-
		box")
		dd) "Indirekte" Berücksichtigung negativer Einkünfte
		ee) Hinzurechnungsbesteuerung
	d)	Transparenz des Organträgers aus ausländischer Sicht
	e)	Steuerliche Behandlung der Organgesellschaft im Ausland beim Anteils-
		eigner
		eschränkt steuerpflichtiger Organträger oder Organträger-Personengesell-
		hafter
		Im Inland beschränkt steuerpflichtiger Organträger
	b)	Organträger-Personengesellschaft mit im Ausland ansässigen Gesell-
		schaftern

	aa) Im Ausland transparent behandelte Organträger-Personengesell-schaft	115
	bb) Im Ausland intransparent behandelte Organträger-Personengesell-	
	schaft	115
	cc) Sonderbetriebsausgabenabzug für Zinsaufwendungen des Gesell-	116
	schafters	116
	3. Unbeschränkte Steuerpflicht des Organträgers und/oder der Organgesellschaft in zwei Staaten	118
	a) Doppelt ansässiger Organträger	
	aa) Keine Bestimmung des Ansässigkeitsstaats qua "tie-breaker"	
	bb) Festlegung des Ansässigkeitsstaats und Quellenstaats qua "tie-	117
	breaker"	119
	b) Doppelt ansässige Organgesellschaft	
	aa) Keine Bestimmung des Ansässigkeitsstaats qua "tie-breaker"	
	bb) Deutschland ist Ansässigkeitsstaat qua "tie-breaker"	
	c) Doppelt ansässiger Organträger und doppelt ansässige Organgesellschaft	
	Zweiter Teil	
	Nichtberücksichtigung negativer Einkünfte gem. § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG n. F.	123
	Kapitel 3	
	Nichtberücksichtigung negativer Einkünfte	
		100
	bei der inländischen Besteuerung	123
I.		
I.	bei der inländischen Besteuerung	123
I.	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft	123 123
I.	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger	123 123 124
I.	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger	123 123 124 124
I.	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger b) Personengesellschaften als Organträger	123 123 124 124 128
I.	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger b) Personengesellschaften als Organträger c) Beschränkt steuerpflichtige Organträger	123 123 124 124 128 129
I.	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger b) Personengesellschaften als Organträger c) Beschränkt steuerpflichtige Organträger d) Nur im Inland unbeschränkt steuerpflichtige Organträger e) Doppelt ansässige Organträger 2. Organgesellschaft	123 124 124 128 129 130 133
I.	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger b) Personengesellschaften als Organträger c) Beschränkt steuerpflichtige Organträger d) Nur im Inland unbeschränkt steuerpflichtige Organträger e) Doppelt ansässige Organträger	123 124 124 128 129 130 133
	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger b) Personengesellschaften als Organträger c) Beschränkt steuerpflichtige Organträger d) Nur im Inland unbeschränkt steuerpflichtige Organträger e) Doppelt ansässige Organträger 2. Organgesellschaft 3. Stellungnahme	123 124 124 128 129 130 133 135
	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger b) Personengesellschaften als Organträger c) Beschränkt steuerpflichtige Organträger d) Nur im Inland unbeschränkt steuerpflichtige Organträger e) Doppelt ansässige Organträger 2. Organgesellschaft 3. Stellungnahme Negative Einkünfte	123 124 124 128 129 130 133 135
	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger b) Personengesellschaften als Organträger c) Beschränkt steuerpflichtige Organträger d) Nur im Inland unbeschränkt steuerpflichtige Organträger e) Doppelt ansässige Organträger 2. Organgesellschaft 3. Stellungnahme	123 123 124 124 128 129 130 133 135 140
	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger b) Personengesellschaften als Organträger c) Beschränkt steuerpflichtige Organträger d) Nur im Inland unbeschränkt steuerpflichtige Organträger e) Doppelt ansässige Organträger 2. Organgesellschaft 3. Stellungnahme Negative Einkünfte 1. Begriff der negativen Einkünfte	123 123 124 124 128 129 130 133 135 140
	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger b) Personengesellschaften als Organträger c) Beschränkt steuerpflichtige Organträger d) Nur im Inland unbeschränkt steuerpflichtige Organträger e) Doppelt ansässige Organträger 2. Organgesellschaft 3. Stellungnahme Negative Einkünfte 1. Begriff der negativen Einkünfte 2. Grundsatz eigenständiger Einkommensermittlung ("stand alone")	123 124 124 128 129 130 133 135 140 141
	bei der inländischen Besteuerung Organträger oder Organgesellschaft 1. Organträger a) Natürliche Personen als Organträger b) Personengesellschaften als Organträger c) Beschränkt steuerpflichtige Organträger d) Nur im Inland unbeschränkt steuerpflichtige Organträger e) Doppelt ansässige Organträger 2. Organgesellschaft 3. Stellungnahme Negative Einkünfte 1. Begriff der negativen Einkünfte 2. Grundsatz eigenständiger Einkommensermittlung ("stand alone") a) Zusammenfassung von Einkommen bzw. Einkünften oder isolierte Be-	123 124 124 128 129 130 133 135 140 141 141

Inha	ltsverz	re10h	nic

		b) Ebene der Erfassung des Organeinkommens beim Organträger	147
		c) Berücksichtigung der sog. Bruttomethode auf Ebene der Organgesell-	
		schaft	149
		d) Eigener Vorschlag	150
	3.	§ 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG n. F. im Verhältnis zum Verlustausgleich und	158
		Verlustabzug	158
		b) Beschränkung des vertikalen Verlustausgleichs: Einkunftsart der gewerblichen Einkünfte	161
		c) Negative Einkünfte als Ergebnis des horizontalen und vertikalen Verlust-	
		ausgleichs	162
		d) Stellungnahme	163
	4.	Unterscheidung nach weiteren Aspekten	169
		a) Unterscheidung zwischen aktiver und passiver Tätigkeit	169
		b) Unterscheidung zwischen inländischen und ausländischen Quellen \ldots	171
		c) Unterscheidung nach den verrechneten Gewinnen (sog. dual inclusion	1.72
	_	income)	173
		Zusammenfassung	175
III.		chtberücksichtigung bei der inländischen Besteuerung	175
		Formen einer (Nicht-)Berücksichtigung	176
	2.	Berücksichtigung bei Anrechnungsmethode und Freistellungsmethode	177
		a) Ausgrenzung der Anrechnungsmethode	178
		b) Ausgrenzung der Freistellungsmethode	180
		c) Sonderfall: Sog. modifizierte Freistellung	181
		d) Anmerkungen	182
	3.	Nichtberücksichtigung im Rahmen der Gewerbesteuer	183
IV.	Er	gebnis	185
		Kapitel 4	
		Berücksichtigung negativer Einkünfte bei einer	
		ausländischen Besteuerung	185
I.	ge	erücksichtigung der negativen Einkünfte des Organträgers oder der Organsellschaft in einem ausländischen Staat ("soweit sie in einem ausländischen	
		aat berücksichtigt werden")	186
		Dauerhafte Unterschiede in der Einkünfteermittlung	186
		Erfordernis einer sachlichen "Einkünfteidentität"	189
		Erfordernis einer zeitgleichen Berücksichtigung im Inland und im Ausland	190
		Erfordernis einer tatsächlichen Berücksichtigung ("berücksichtigt werden")	191
	5.	Vorübergehende Unterschiede in der Einkünfteermittlung	192

	6. Zeitversetzte Berücksichtigung negativer Einkünfte	193
	a) Gesonderte Feststellung als Berücksichtigung	194
	b) Verrechnung im Inland, Vortrag im Ausland	. 195
	c) Vortrag im Inland, Verrechnung im Ausland	196
	d) Sonderfall: Verlustverrechnung mit Nachversteuerung im Ausland (in-	40=
	bound Fall)	
	7. Verfahrensrechtliche Anknüpfungsmöglichkeiten	
	a) Vorüberlegungen	
	b) Verrechnung im Inland, Vortrag im Ausland	
	c) Vortrag im Inland, Verrechnung im Ausland	
	8. Tatbestandsmäßige Berücksichtigung bei Nichtanerkennung im Ausland?	
II.	Berücksichtigung in einem ausländischen Staat	. 204
III.	I. Berücksichtigung im Rahmen der Besteuerung des Organträgers, der Organ-	
	gesellschaft oder einer anderen Person	
	1. Erfordernis einer Personenidentität	
	2. Erfordernis einer ausländischen Gruppenbesteuerung	
	3. "Andere Person"	. 210
IV.	7. Ergebnis	211
	Dritter Teil	
	Vereinbarkeit des § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG n. F. mit dem Verfassungsrecht, Europarecht und Abkommensrecht	212
	ant dem verlassungsteene, Daropareene und Abkommensteene	212
Vo	orbemerkungen	212
	Kapitel 5	
	Verfassungsrecht	215
I.	Art. 3 Abs. 1 GG: Allgemeiner Gleichheitssatz	. 215
	1. Gleichheitsrechtliche Maßgaben und einfach-gesetzliche Grundentschei-	
	dungen	216
	a) Willkürverbot und Verhältnismäßigkeitskontrolle ("neue Formel")	216
	b) Steuergerechtigkeit, Leistungsfähigkeitsprinzip und Folgerichtigkeitsge-	
	bot	. 217
	c) Inhaltliche Ausgestaltung des Leistungsfähigkeitsprinzips	
	aa) Individualbesteuerung, Trennungsprinzip und Organschaft	. 219
	aa) Individualbesteuerung, Trennungsprinzip und Organschaftbb) Objektives Nettoprinzip und Verlustverrechnung	. 219 . 220
	aa) Individualbesteuerung, Trennungsprinzip und Organschaft	. 219 . 220 . 221

	Inhaltsverzeichnis	13
	a) Vergleichbarkeit von Situationen mit und ohne Organschaft	225 226
II.	Art. 14 GG: Eigentumsgarantie	
	Bestimmtheitsgebot	
	Rückwirkungsverbot	
	Kapitel 6	
	Europarecht	236
I.	Niederlassungsfreiheit und Kapitalverkehrsfreiheit als Prüfungsmaßstab	238 241 241 242 242 243 245 245 246
II.	Europarechtliche Konsequenzen für § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG n. F. 1. Anwendbare Grundfreiheit 2. Europarechtliche Vergleichspaarbildung und tatbestandsmäßige Beschränkung a) Vergleichspaare im outbound und inbound Fall b) Offene und versteckte Diskriminierung c) Beschränkung 3. Rechtfertigung der Nichtberücksichtigung negativer Einkünfte a) Steuermindereinnahmen b) Gefahr der Steuerungehung (Missbrauch) c) Kohärenz der Steuerregelung d) Marks & Spencer-Trias: Insbesondere ausgewogene Aufteilung der Besteuerungsbefugnis	251 252 253 254 255 256 256
	e) Annex: Beschränkung der Berücksichtigung auf das sog. dual inclusion	250

	4. Berufung auf die Niederlassungsfreiheit trotz fehlender Ausübung derselben?	261
	5. Ergebnis	
	Kapitel 7	
	Abkommensrecht (Doppelbesteuerungsabkommen)	262
I.	Verteilungsnorm betreffend Unternehmensgewinne (Art. 7 OECD-MA)	263
II.	Deutschland als Ansässigkeitsstaat: Vermeidung der Doppelbesteuerung	263
	 Diskriminierungsverbot entsprechend Art. 24 Abs. 1 OECD-MA Diskriminierungsverbot entsprechend Art. 24 Abs. 3 OECD-MA Diskriminierungsverbot entsprechend Art. 24 Abs. 5 OECD-MA 	267 270
1 V.	Ergebnis	2/4
	Vierter Teil	
	Verhältnis zu den BEPS Empfehlungen der OECD und Würdigung	275
	Kapitel 8	
	Umsetzung der BEPS Empfehlungen durch § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG n. F.	275
I.	Deductible hybrid payments rule (Empfehlung 6) 1. Scope of the rule (Empfehlung 6.4) 2. Rule only applies to deductible payments made by a hybrid payer (Empfehlung 6.2) a) Im Staat des Zahlungsleisters abzugsfähige Zahlung	276277
	 b) Nochmaliger Abzug ("duplicate deduction") im Staat der Muttergesellschaft	278
	lung 6.3)	
II.	Dual-resident payer rule (Empfehlung 7)	282
	fehlung 7.2) 3. Rule only applies to payments that result in a hybrid mismatch (Empfehlung 7.3)	

	4. Neutralise the mismatch to the extent the payment gives rise to a DD outcome (Empfehlung 7.4)	283
III.	. Fazit	284
Mo	omentaufnahme zu § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG n. F. (Schlusswort)	286
I.	Rückblick	286
II.	Ausblick	287
Lit	teraturverzeichnis	290
Sac	chverzeichnis	306

Abkürzungsverzeichnis

AbgÄG Abgabenänderungsgesetz (Republik Österreich)
ABIEG. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften

ABIEU. Amtsblatt der Europäischen Union

Abs. Absatz a. E. am Ende

AEUV Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union

a. F. alte Fassung

AG Aktiengesellschaft
AktG Aktiengesetz
Alt. Alternative
Anh. Anhang

AO Abgabenordnung

Art. Artikel

AStG Außensteuergesetz

Aufl. Auflage

AuslInvG Auslandsinvestitionsgesetz
BB Betriebs-Berater (Zeitschrift)

Bd. Band Begr. Begründer

BEPS Base Erosion and Profit Shifting

Beschl. Beschluss

BFH Bundesfinanzhof

BFHE Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs

BFH/NV Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs (nicht veröf-

fentlicht)

BFH/PR BFH-Richter kommentieren für die Praxis (Zeitschrift)

BFIT Bulletin for International Taxation (Zeitschrift)

BGBl. Bundesgesetzblatt

BIFD Bulletin for International Fiscal Documentation (Zeitschrift)

BlgNR Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

(Republik Österreich)

BMF Bundesministerium der Finanzen

BR-Drs. Bundesratsdrucksache bspw. beispielsweise BStBl. Bundessteuerblatt

BT-Drs. Bundestagsdrucksache

BTR British Tax Review (Zeitschrift)

Buchst. Buchstabe

BV Besloten vennootschap met beperkte aansprakelijkheid (Königreich

der Niederlande)

BVerfG Bundesverfassungsgericht

BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

bzw. beziehungsweise

CGI Code général des impôts (Französische Republik)
CTA Corporation Tax Act (Vereinigtes Königreich)

CV Commanditaire Vennootschap (Königreich der Niederlande)

DB Der Betrieb (Zeitschrift)

DBA Doppelbesteuerungsabkommen

ders. derselbe d.h. das heißt dies. dieselben

DK Der Konzern (Zeitschrift)

Doppelbuchst. Doppelbuchstabe

DÖV Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)

DRC Dual resident corporation (Vereinigte Staaten von Amerika)

Dreifachbuchst. Dreifachbuchstabe

DStJG Deutsche Steuerjuristische Gesellschaft e. V.

DStR Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStZ Deutsche Steuer-Zeitung (Zeitschrift)

ebd. ebenda

ECLI European Case Law Identifier (Europäischer Urteilsidentifikator)

ECOFIN Economic and Financial Affairs Council

EFG Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)

EFTA European Free Trade Association

EGL Ergänzungslieferung

ErbStG Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz

Erk. Erkenntnis (Republik Österreich)
EStÄR Einkommensteuer-Änderungsrichtlinien

EStG Einkommensteuergesetz

EStG-E Einkommensteuergesetz-Entwurf EStR Einkommensteuer-Richtlinien ET European Taxation (Zeitschrift)

et al. et alii (und andere) EU Europäische Union

EuGH Europäischer Gerichtshof

EuZW Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)

EWR Europäischer Wirtschaftsraum

EWS Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)

f. (ff.) folgende FG Finanzgericht

FGO Finanzgerichtsordnung

Fn. Fußnote Fortf. Fortführung

FR Finanz-Rundschau (Zeitschrift)

FS Festschrift

GbR Gesellschaft bürgerlichen Rechts

gem. gemäß

GES Zeitschrift für Gesellschaftsrecht und angrenzendes Steuerrecht

(Zeitschrift)

GesRZ Der Gesellschafter (Zeitschrift)

GewStG Gewerbesteuergesetz

GG Grundgesetz ggf. gegebenenfalls

GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung

GmbHR GmbHRundschau (Zeitschrift)

GP Gesetzgebungsperiode (Republik Österreich)

grds. grundsätzlich

GS Gedächtnissymposium, Gedächtnisschrift

HFR Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung (Zeitschrift)

HGB Handelsgesetzbuch

HM Revenue Her Majesty's Revenue and Customs (Vereinigtes Königreich)

and Customs

HM Treasury Her Majesty's Treasury (Vereinigtes Königreich)

H.R. House of Representatives (Vereinigte Staaten von Amerika)

Hrsg. Herausgeber Hs. Halbsatz

ICTA Income and Corporation Taxes Act (Vereinigtes Königreich)

i. d. F. in der Fassung

IFSt Institut Finanzen und Steuern e. V.

Inc. Incorporated (Vereinigte Staaten von Amerika)

IRB Internal Revenue Bulletin (Vereinigte Staaten von Amerika)
IRC Internal Revenue Code (Vereinigte Staaten von Amerika)

i. S. d. im Sinne desi. S. v. im Sinne von

ISR Internationale Steuer-Rundschau (Zeitschrift)
IStR Internationales Steuerrecht (Zeitschrift)

IStR-LB IStR-Länderbericht

ITLR International Tax Law Reports (Zeitschrift)

i.V.m. in Verbindung mit

IWB Internationale Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)
JbFSt Jahrbuch der Fachanwälte für Steuerrecht

KG Kommanditgesellschaft

KGaA Kommanditgesellschaft auf Aktien

KStG Körperschaftsteuergesetz

KStG-E Körperschaftsteuergesetz-Entwurf KStR Körperschaftsteuer-Richtlinien

LJZ Liechtensteinische Juristen-Zeitung (Zeitschrift)

m.w. N. mit weiteren Nachweisen

n. F. neue Fassung

NJW Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)

Nr. Nummer

NWB Neue Wirtschafts-Briefe (Zeitschrift)

OECD Organisation for Economic Co-operation and Development

OECD-MA OECD-Musterabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (OECD Model Tax Convention on Income and on Capital) i.d.F.

vom 15.7.2014

OECD-MAK Kommentar zum OECD-MA (Commentaries on the Articles of the

OECD Model Tax Convention) i. d. F. vom 15.7.2014

OFD Oberfinanzdirektion

OHG Offene Handelsgesellschaft Oy Osakeyhtiö (Republik Finnland)

ÖBGBl. Bundesgesetzblatt (Republik Österreich)

ÖKStG Körperschaftsteuergesetz (Republik Österreich)
ÖStZ Österreichische Steuerzeitung (Zeitschrift)

Pos. Position R Richtlinie

RFH Reichsfinanzhof

RFHE Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Reichsfinanzhofs

RGBl. Reichsgesetzblatt

RIW Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)

Rn. Randnummer

RV Regierungsvorlage (Republik Österreich)

S. Satz, Seite

SA Société Anonyme (u. a. Französische Republik)

SchlA Schlussanträge SE Societas Europaea

SICAV Société d'investissement à capital variable (u. a. Französische Repu-

blik)

sog. sogenannter

StabG Stabilitätsgesetz (Republik Österreich)

StbJb Steuerberater-Jahrbuch

StuW Steuer und Wirtschaft (Zeitschrift)

SWI Steuer und Wirtschaft International: Tax and Business Review

(Zeitschrift)

TIOPA Taxation (International and Other Provisions) Act (Vereinigtes Kö-

nigreich)

TLR Tax Law Review (Zeitschrift)

TNI Tax Notes International (Zeitschrift)

u.a. und andere, unter anderem

Ubg Die Unternehmensbesteuerung (Zeitschrift)

UKHL United Kingdom House of Lords (Vereinigtes Königreich)

UmwStG Umwandlungssteuergesetz

UntStFG Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz

UntStReiseKG Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteue-

rung und des steuerlichen Reisekostenrechts

Urt. Urteil

UStG Umsatzsteuergesetz u. U. unter Umständen

v. vom

Verf. Verfasser

VermBG Vermögensbildungsgesetz

vgl. vergleiche Vol. Volume

VwGH Verwaltungsgerichtshof (Republik Österreich)

WPg Die Wirtschaftsprüfung (Zeitschrift) WTJ World Tax Journal (Zeitschrift)

z.B. zum Beispiel

Einleitung

War lange Zeit die Vermeidung internationaler Doppelbesteuerung von Gewinnen ein wesentliches Thema der steuerpolitischen Diskussion, gerieten mit der Zeit auch die doppelte Nichtbesteuerung ("Keinmalbesteuerung") und die Minderbesteuerung in das Blickfeld. Insoweit kann an § 8b Abs. 1 S. 2 KStG gedacht werden, wonach bestimmte Bezüge bei der Ermittlung des Einkommens nur außer Ansatz bleiben, wenn sie das Einkommen der leistenden Körperschaft nicht gemindert haben. Ähnlich ordnen beispielsweise § 20 Abs. 2 S. 1 AStG, § 50d Abs. 9 S. 1 EStG und § 8b Abs. 1 S. 3 KStG die Nichtanwendung der DBA-Freistellungsmethode für bestimmte Situationen an.

Andererseits beschäftigten sich im Anschluss an die Finanzkrise 2007/2008 zwei Studien der OECD aus den Jahren 2010 und 2011 speziell mit Verlusten im steuerlichen Zusammenhang. Beide Berichte stellten Aspekte der steuerlichen Verlustnutzung in den einzelnen teilnehmenden Staaten im Allgemeinen¹ und u.a. einzelstaatliche Maßnahmen gegen die Verlustberücksichtigung in mehr als einem Staat im Besonderen² vor. Die Schlussfolgerungen beider Berichte sprachen ausdrücklich die mehrfache steuerliche Berücksichtigung desselben wirtschaftlichen Verlusts an³ und empfahlen, die Beschränkung solcher Möglichkeiten mehrfacher Verlustberücksichtigung zu erwägen.⁴ Nach Satz 2 des von den Ausschüssen des Bundesrats am 24.10.2014 empfohlenen und nicht Gesetz gewordenen § 4 Abs. 5a EStG-E⁵ sollten Aufwendungen nur abziehbar sein, soweit diese nicht in einem anderen Staat die Steuerbemessungsgrundlage mindern.

Als Hauptursache für solche mehrfachen Abzüge desselben wirtschaftlichen Verlusts wurden in beiden Berichten sog. hybrid mismatch arrangements ausgemacht,⁶ die die OECD daraufhin in den Mittelpunkt eines Berichts aus 2012⁷

¹ OECD, Addressing Tax Risks Involving Bank Losses, 2010, S. 31 ff. (Kapitel 3), 69 ff. (Annex A); OECD, Corporate Loss Utilisation through Aggressive Tax Planning, 2011, S. 29 ff. (Kapitel 3).

 $^{^2}$ OECD, Addressing Tax Risks Involving Bank Losses, 2010, S. 36, 81; OECD, Corporate Loss Utilisation through Aggressive Tax Planning, 2011, S. 41 f.

³ OECD, Addressing Tax Risks Involving Bank Losses, 2010, S. 64; OECD, Corporate Loss Utilisation through Aggressive Tax Planning, 2011, S. 78.

⁴ OECD, Addressing Tax Risks Involving Bank Losses, 2010, S. 66; OECD, Corporate Loss Utilisation through Aggressive Tax Planning, 2011, S. 79.

⁵ BR-Drs. 432/1/14, S. 12 (Nr. 9 Buchst. a). Dazu z. B. Linn, IStR 2014, S. 920 ff.

⁶ OECD, Addressing Tax Risks Involving Bank Losses, 2010, S. 57; OECD, Corporate Loss Utilisation through Aggressive Tax Planning, 2011, S. 57.

⁷ OECD, Hybrid Mismatch Arrangements: Tax Policy and Compliance Issues, 2012.

22 Einleitung

stellte und mit denen sie sich nochmals und umfassender in ihrem Abschlussbericht vom 5.10.2015 zu BEPS Aktionspunkt 2⁸ beschäftigte. Schon Art. 9 der Richtlinie (EU) 2016/1164 des Rates vom 12.7.2016⁹ machte Vorgaben zu hybriden Gestaltungen, wurde aber durch Art. 1 Nr. 4 der Richtlinie (EU) 2017/952 des Rates vom 29.5.2017¹⁰ neugefasst und erhielt deutlich umfangreichere Vorschriften zu hybriden Gestaltungen; die durch Art. 1 Nr. 5 der Richtlinie (EU) 2017/952 des Rates vom 29.5.2017 neu eingefügten Art. 9a und 9b behandeln umgekehrt hybride Gestaltungen und Inkongruenzen bei der Steueransässigkeit.

Die doppelte Berücksichtigung desselben wirtschaftlichen Verlusts (Aufwands) in zwei Rechtsordnungen, die Gegenstand dieser Arbeit ist, ist in diesem aktuellen Kontext ein bedeutender Aspekt. Schon seit langer Zeit ist sie jedoch mögliches Ergebnis grenzüberschreitender Aktivität.

I. "Double dip": Die historische Ausgangssituation und ihre Lösung

In historischer Perspektive sticht die doppelt ansässige Gesellschaft ("dual resident company") als Anwendungsfall des "double dips" hervor: 11 Eine Gesellschaft wurde nach amerikanischem Recht, insbesondere dem Recht des Staats Delaware, 12 gegründet und im Vereinigten Königreich geleitet. 13 Nach dem für die Ansässigkeit an die Gründung ("incorporation") anknüpfenden amerikanischen Steuerrecht war sie in den USA ansässig, nach dem an die Geschäftsleitung ("central management and control") anknüpfenden britischen Steuerrecht im Vereinigten Königreich. Diese Gesellschaft nahm zum Erwerb einer Gesellschaft ("target") ein Darlehen auf und erwirtschaftete aufgrund der Zinszahlun-

⁸ OECD, Neutralising the Effects of Hybrid Mismatch Arrangements, Action 2 – 2015 Final Report, OECD/G20 Base Erosion and Profit Shifting Project, 2015. Eine deutsche Fassung dieses Abschlussberichts wurde am 27.1.2017 veröffentlicht, eine französische Fassung am 28.2.2017. In dieser Arbeit wird jeweils die englische Fassung der Abschlussberichte zu den BEPS Aktionspunkten 2, 3 und 6 herangezogen.

⁹ ABIEU. L 193 v. 19.7.2016, S. 1 ff.

¹⁰ ABIEU. L 144 v. 7.6.2017, S. 1 ff.

¹¹ Umfassender zum "double dip" mittels doppelt ansässiger Gesellschaften im Verhältnis USA/Vereinigtes Königreich z.B. *Großmann*, Doppelt ansässige Kapitalgesellschaften, S. 55 ff.; *Morris*, ET 1985, S. 35 ff.; *Murby*, BIFD 1985, S. 373 ff. Authentisch: General Explanation of the Tax Reform Act of 1986, H.R. 3838, 99th Congress, Public Law 99-514, S. 1063 f. Vgl. auch *van Raad*, in: H./R./R./V., Doppelt ansässige Gesellschaften, S. 1 (3 ff.).

¹² Es wurde von einer "Delaware link company" gesprochen (so *Murby*, BIFD 1985, S. 373 [373]).

¹³ Praktisch wurde nicht eine doppelt ansässige Gesellschaft, sondern zwei nacheinander geschaltete, doppelt ansässige Gesellschaften in die britische und die amerikanische Gruppenbesteuerung einbezogen, vgl. *Morris*, ET 1985, S. 35 (35 f.); *Murby*, BIFD 1985, S. 373 (375, 378).

Einleitung 23

gen und mangels anderweitiger, kompensierender Einnahmen einen steuerlichen Verlust, den sie im Wege der amerikanischen Gruppenbesteuerung ("consolidated return") mit den Gewinnen von nur in den USA unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaften derselben Gruppe und im Wege der britischen Gruppenbesteuerung ("group relief") mit den Gewinnen von nur im Vereinigten Königreich unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaften derselben Gruppe verrechnete. Im Ergebnis wurde derselbe Verlust in zwei Steuerrechtsordnungen mit jeweils nur in einer Steuerrechtsordnung steuerpflichtigen Gewinnen, also "doppelt", verrechnet. Die doppelte Verlustverrechnung mittels doppelt ansässiger Gesellschaften trat namentlich im Verhältnis USA/Vereinigtes Königreich und Australien/ USA auf, ¹⁴ war darauf aber nicht beschränkt. ¹⁵

Im November 1984 und im Dezember 1986 erfolgten Konsultationen durch das United Kingdom Board of Inland Revenue, die der gesetzlichen Regelung im Vereinigten Königreich vorausgingen. Danach wurden für das Jahr 1983 im Hinblick auf Investitionen britischer Unternehmen im Ausland über 50 multinationale Unternehmensgruppen mit doppelt ansässigen Finanzierungsgesellschaften und Zinszahlungen von annähernd 250.000.000 £, im umgekehrten Fall (Investitionen ausländischer Unternehmen im Vereinigten Königreich) eine ähnliche große Anzahl von Unternehmen und Zinszahlungen in Höhe von ca. 150.000.000 £ ausgemacht. Nach dem zweiten Konsultationsdokument hatte sich die Anzahl der identifizierten Unternehmensgruppen inzwischen fast verdoppelt und der Betrag steuerlich abzugsfähiger Zinszahlungen von 400.000.000 £ auf etwa 700.000.000 £ erhöht. Wurden im Rahmen der ersten Konsultation noch die zwei Möglichkeiten, entweder die Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen zu verwehren bzw. einzuschränken oder die Gruppenbesteuerung ("group relief") einzuschränken, aufgeführt, wurde im Rahmen der zweiten Konsultation nur der

¹⁴ Vgl. für die USA General Explanation of the Tax Reform Act of 1986, H.R. 3838, 99th Congress, Public Law 99-514, S. 1063.

¹⁵ Nach *J. D. B. O.*, BTR 1987, S. 5 (Fn. 1) wurde im Hinblick auf doppelt ansässige Gesellschaften im Verhältnis Australien/Neuseeland von einem "Trans-Tasman Double Play" gesprochen.

¹⁶ United Kingdom Board of Inland Revenue, Taxation of International Business: Dual Resident Companies, Consultative Document, London 1984 (auch abgedruckt in: ET 1985, S. 38 f.); United Kingdom Board of Inland Revenue, Taxation of International Business: Dual Resident Companies, Consultative Document, London 1986 (auch abgedruckt in: ET 1987, S. 100 ff.).

¹⁷ United Kingdom Board of Inland Revenue, Taxation of International Business: Dual Resident Companies, Consultative Document, London 1984, S. 3 (auch abgedruckt in: ET 1985, S. 38 [38]).

¹⁸ United Kingdom Board of Inland Revenue, Taxation of International Business: Dual Resident Companies, Consultative Document, London 1986, S. 1 (auch abgedruckt in: ET 1987, S. 100 [100]).

¹⁹ United Kingdom Board of Inland Revenue, Taxation of International Business: Dual Resident Companies, Consultative Document, London 1984, S. 4 (auch abgedruckt in: ET 1985, S. 38 [39]).